

BILL. Die Straßenbahnen müssen ihren Betriebe bereits eine Stunde vor Belebung des Werkes einstellen. Als Grund für die Maßnahme wird angeführt, daß ein der Stadtverwaltung in später Abendstunden zugestelltes Ultimatum, das die Wiederherstellung eines unbrauchbaren gewordenen Stabes forderte, nicht durchgeführt wurde. Der Zugang zum Werk ist untersagt.

Die Zeitungen können nicht erscheinen. Der Betrieb der Bäckereien ist eingestellt. Hunderte von Frauen und Männern, die sich in den Abendstunden auf dem Bahnhof einfanden, um dort die aus Bahnen zurückkehrenden Kinder in Empfang zu nehmen, wurden von den Belagerungsgruppen vertreut. Die eingetroffenen Kinder mußten nach Osterfeld zurückgeleitet werden.

Die Haldebestände im Ruhrgebiet erschöpft.

Die Ablöse von Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet durch die Franzosen ist im August gegenüber dem Vormonat infolge der zunehmenden Erschöpfung der Haldebestände wesentlich zurückgegangen. Die Franzosen erhielten im August noch nicht einmal ein Viertel der früheren deutschen Reparationsleistung.

Belgischer Ministerrat.

Um Mittwoch fand eine belgische Ministerratssitzung statt, zu der Jolpat über den Stand der diplomatischen Verhandlungen zwischen Berlin und Brüssel berichtete. Er wies darauf hin, daß die Kapitulation des deutschen Reiches bevorstehe. Ferner wurde über den Fall Graf verhandelt. Das Kabinett schloß sich einem Vorschlag an, dem König die Begnadigung des zum Tode Verurteilten zu empfehlen und die Todesstrafe in lebenslängliches Buchthaus zu verwandeln. Eine Entscheidung liegt noch nicht vor, da erst der König hierüber entschließen muß.

Das Problem der deutschen Währung.

Reich und Währungsbank.

Wie Dr. A. B. erklärt, ist die Belastung der Wirtschaft auf Gründlage des Wehrbeitrages zu Swedenet der neu zu schaffenden Währungsbank nunmehr auf drei Prozent des Wehrbeitragswertes in Aussicht genommen worden. Das Projekt Helfferich hatte fünf Prozent vorgesehen. Die Gründe, weshalb man unter diesem Satz blieb, dürften vorwiegend außenpolitischer Natur sein und damit im Zusammenhang stehen, daß der Entwurf bereits die erste Hypothek auf den deutschen Sachwertbasis angeboten worden ist. Der Ertrag wird demnach nur mehr auf 2,4 Milliarden Goldmark geschränkt, so daß die Emissionsfähigkeit der Bank sich ebenfalls auf 2,4 Milliarden belaufen würde. Dem Reich also würde nur noch ein Kredit in gleicher Höhe bei der neuen Bank zur Verfügung stehen. Man hofft aber auch diesen Betrag nicht voll in Anspruch nehmen zu müssen.

Der Gewerkschaftsrat für die Regierungspläne.

Der erweiterte Vorstand des Gewerkschaftsrats Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände beschloß sich in einer außerordentlichen Sitzung mit dem Währungsprogramm der Reichsregierung. In folgender Entschließung sond die Auffassung des Gewerkschaftsrats ihren Vorschlag:

Die Preisbildung auf dem inneren Markt möge sich immer schneller der gegenwärtigen Dollarmarkierung an. Das bedeutet die Ausschaltung der Mark als Zahlungsmittel. Die Ausweitung der Mark als Zahlungsmittel untergräbt den Staatsgedanken in Währung und Wirtschaft. Die geplante Währungsreform muß darum dem Staatsgedanken bewußt bleiben. Es müssen also alle Versuche zurückgewiesen werden, die Währung unter den überwiegenden Einfluß privatwirtschaftlicher Interessengruppen zu bringen. Diese Gefahr birgt der Plan einer Noggenwährung in sich.

Deshalb billigen wir den von der Regierung geplanten Anschluß an das Gold als Währungsgrundlage, weil:

1. die Faktoren, die seine Produktionskosten bestimmen, weniger veränderlich sind als die des Getreides.

2. die Produktionskosten und der Produktionsausfall entspricht des großen Goldvorrats der Welt die Preisbildung des Goldes höchstens auf sehr lange Sicht beeinflussen.

3. nur der Anschluß an das Währungsmetall der für den deutschen Außenhandel wichtigsten Länder die Festigung der deutschen Wechselkurse auf deren Märkten verbürgen kann.

Das merkwürdigste Jahr meines Lebens.

Von August von Kotzebue.

(7. Fortsetzung.)

"Suchen Sie," sagte der Gouverneur, "so schnell als möglich ein bequemes Fuhrwerk zu bekommen; denn Sie müssen sofort abreisen." Ich bat um Aufschub wenigstens bis morgen, da ich in den letzten drei Nächten gar nicht geschlafen hatte, seit vier Wochen immer auf der Reise, und seit drei Tagen in starker Gemütsbewegung gewesen war; meine Bitte mußte mir aber abgeschlagen werden. Der Gouverneur erschreckte mich, den Mittag bei ihm zu essen, dann aber mit meiner Abreise so viel als möglich zu eilen. Ich lehnte die Einladung ab und ging nunmehr, von dem Regierungsfreiherr begleitet, nach meinem Wirtshaus zurück. Dieser junge Mann (er hieß Weltbrecht) schien, trotz seiner kalten Physiognomie, einen Teil an meinem Schicksal zu nehmen. Er beklagte mich und versicherte, der Gouverneur könne mit dem besten Willen nicht mehr für mich tun; "denn," sagte er mit Achselzucken, "wie alle sind jetzt bloße Maschinen." Ich erschrak über dieses Bekennen und glaubte gewiß, daß sowohl er als auch so manche andere, die nachher eben dieselbe Sprache führten, dem Kaiser untrecht tun. Wahrlich! es kann ihm keine Freude machen, sich von bloßen Maschinen bedienen zu lassen; denn der Mensch, der sich zur Maschine herabwürdigen läßt, ist nie zuverlässig.

Wir betraten mein Zimmer. Meine gute, geliebte Frau, die eine furchterliche Stunde zugebracht hatte, kam mir mit der längsten Erwartung im Blick entgegen. Ich zwang mich, unbeschwert und heiter zu

Die Meldung des Chemnitzer Tageblattes, die Gewerkschaften hätten an den Kanzler ein Ultimatum gestellt, die wie schon gestern mit einem Prozeßschreiben brachten, ist ungünstig.

Devisenkommisar und Ausländer.

Der Devisenkommisar stellt Ausländern, die in Berlin ständig wohnen oder hier ihren Erwerb haben, die Auflösung zu, ihre ausländischen Devisenbestände und ausländischen Guthaben unverzüglich zur Ablieferung zu bringen, andernfalls inländische Vermögensbeschlagnahme und weitere Maßnahmen zu erwarten sind.

Günstige Aufnahme des deutschen Währungsplanes in England.

Der neue Währungsplan der deutschen Regierung wird von der englischen Presse günstig aufgenommen. "Daily Telegraph" glaubt, daß der Plan sowohl für Deutschland als auch für seine Gläubiger von Vorteil sein werde, falls das Kabinett Stresemann die Kraft habe, ihn gegen alle Widerstände durchzuführen. Die "Times" ist in letzterer Hinsicht nicht sehr optimistisch und betont, daß die Verbesserung eines Platzes noch nicht seine tatsächliche Durchführung bedeute. Im übrigen wiederholt das Blatt seine öfters gedachte Ansicht, daß die Schwierigkeiten im Budget nicht beseitigt werden könnten, solange die Ruhfrage nicht gelöst ist.

Erklärungen des Kanzlers an Beamtenvertreter.

Die Rechte der Beamten sollen nicht verletzt werden.

Vertreter des Reichsbundes der höheren Beamten, des Deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes waren am Dienstag nachmittag zu einer Besprechung in die Reichskanzlei geladen, um Klarheit über die neue Zahlungsart der Beamtenbezüge zu schaffen. Vor der Regierung war Reichskanzler Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Olshausen anwesend. Dr. Stresemann schilderte die schwierige Lage, in die Reich und Volk durch den Kriegseintritt gerieten seien und wie die Reichsregierung unter Anleitung schier untragbarer Verpflichtungen einen Weg zur Lösung des Konflikts suche. Natürlich könne man unmöglich die vertriebenen Beamten im Stiche lassen. Wichtigste Beschämung aller Ausgaben müsse ebenso durchgeführt werden, wie eine Vereinfachung des gesamten Verwaltungsaufbaus. Ohne Beamte könne ein Staat nicht existieren, doch müsse er von den Beamten Rücksicht auf seine Lage verlangen. Wenn also von den Beamten Opfer verlangt würden, dann hoffe die Regierung auf Verständnis bei der Beamtenchaft. Die Rechte der Beamten würden keineswegs angegriffen werden. Die Beamtenvertreter erwiderten, daß in der gesamten Beamtenchaft wegen der geradezu überstigten Maßregeln größte Beunruhigung herrsche. Dadurch werde die vom Kanzler gewünschte Einheitsfront durchaus nicht gefördert. Die Reichsregierung müßte alles vermeiden, die Beamten zu beunruhigen, denn sonst entstünde die Gefahr, daß die Massen den Führern entglitten. Reichsfinanzminister Olshausen versicherte nochmals, daß er nicht daran denke, daß Berufsbeamten abzubauen. Die Währungsmaßnahmen würden sich gerade für die Beamten dahin auswirken, daß sie künftig wertbeständiges Geld erhalten. Dennoch soll eine neue Verpflichtung über den Abbau der Verwaltung und Besoldungsfragen beim Kanzler stattfinden.

Kleine politische Meldungen

Besprechungen über den Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen. Reichskanzler Dr. Stresemann und Reichstagspräsident Löbe hatten gestern nachmittag eine Besprechung über den Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen. Der in Aussicht genommene Termin, 20. September, für die Einberufung soll beibehalten werden. In der ersten Sitzung wird über die Frage des Gehaltszahlungsmodus für die Beamten verhandelt werden. Die außenpolitische Ausbrüche soll nicht im Plenum sondern im auswärtigen Ausschuss vor sich gehen. Wenn der Ausschuss zusammentritt, wird in der ersten Sitzung des Reichstagsrates entschieden werden. Ob später noch das Plenum sich mit den Fragen der auswärtigen Politik beschäftigen soll, steht noch nicht fest.

Schweyer unterstützt die Politik Stresemanns. Der bayrische Minister des Innern, Dr. Schweyer hat bei der Übergabe der neuen Wasserkratzanlage an das Städtische Elektrizitätswerk in Nürnberg eine politische Rede gehalten,

in der er sagte, die Lage sei furchtbare als in den Tagen in denen wir vertraulich in diesen Frieden hinzugekommen. Wir müssen alle zusammenstehen, um das Werk des Staatsmanns nicht zu erschüttern, der weitgehende Anerkennungen gemacht habe, für viele zu weitgehend. Er habe darüber als ersten Gesichtspunkt die Souveränität der Rheinlande und die Befreiung des Ruhrgebiets verlangt. Hoffentlich gelingt ihm dies. Geht der Feind darauf nicht ein, und es macht den Eindruck, dann sei vor allen Welt klar erwiesen, daß die Franzosen nicht Reparationen, sondern die Verstörung des deutschen Reiches wollen. Komme es zu Verhandlungen, so müßten wir verlangen, daß nicht allein Reparationen gezahlt würden, sondern daß auch eine Gegenrechnung aufgestellt werde. Es sei allen klar, solange Frankreich keine politischen Ziele nicht aufgebe und solange der Versailler Vertrag besteht, wir nicht zu Ruhe und Ordnung kommen können.

Hindenburg an die bayerische Adress. Hindenburg hat seinen Herrenaufenthalt in Bayern beendet und ist wieder nach Hannover zurückgekehrt. Zum Abschied waren am Münchner Hauptbahnhof der Kabinettchef des Kronprinzen Graf Soden, Regierungspräsident von Fahr, Lubendorff, General Hemmer, Professor Bauer, der Präsident der vaterländischen Verbände und andere Herren erschienen. Im Gespräch mit Professor Bauer sagte Hindenburg: Bayern darf sich auf keinen Fall, auch nicht vorübergehend, vom Reich trennen. Bayern darf nicht vergessen, daß Preußen auch ihm in schlimmen Tagen geholfen habe. Stets gelehrte Treue um Treue.

Der gesunken Dollar. Der Völkergeldtagung zufolge ist Dollar im gestrigen Überlaufverkehr bis auf 180 Millionen zurückgegangen. Ob Ursache werden die in Aussicht genommene Währungsreform und die Meldungen von einer bevorstehenden Lösung der Ruhfrage angegeben.

Italien will Flume. Der Matin läßt sich aus Belgrad folgendes über den augenblicklichen Stand der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen über die Adriatfrage berichten: Seit 5 Tagen besteht ein lebhafter Notenaustausch zwischen den beiden Staaten. Italien fordert: 1. Unabhängigkeit Rumäniens und Umgebung durch Italien, dafür Rückgabe des kleinen Hafens von Vagos an Jugoslawien. 2. Grenberechtigung in Sloweniens zugunsten Jugoslawiens und Schaffung einer freien Zone für Jugoslawien im Hafen von Flume. 3. Abschließung eines Handelsvertrages zwischen den beiden Staaten zur Herstellung der engsten wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen. 4. Abschließung eines politischen Bündnisses zum gemeinsamen Vorgehen auf dem Balkan und in Mitteleuropa. Dieser Vertrag, der geheim bleiben soll, sche aufserdem noch fest, daß Jugoslawien nicht das Recht hätte, eine Kriegsflotte in Adriatischem Meer zu halten.

Abschließend - Aufnahme in den Völkerbund. Der Ausschuss der Völkerbundversammlung hat nach langer Debatte beschlossen, der Völkerbundversammlung die Aufnahme Jugoslawiens anzuschlagen, falls vorher die abessinische Bevollmächtigten in einer besonderen Erklärung die Bestimmungen des internationalen Abkommens über die Bekämpfung des Sklavenhandels und die Regelung der Wassereinfuhr annehmen und sich verpflichten, alle Empfehlungen des Völkerbundes über die Ausführung dieser Bestimmungen in Betracht zu ziehen.

Die spanische Neuordnung.

Schwarze Kreuze gegen die Separatisten.

Beamtenreform.

Unter den Verfassungen, die der König unterzeichnet hat, befinden sich noch folgende: Die Aburteilung der Verbrechen gegen die Sicherheit und die Einheit liegt nur den Militärgerichten ob. Von den Teilnehmern an separatischen Aufständen werden die Führer der Bewegung mit 6 bis 12 Jahren Gefängnis und die Anhänger mit 3 bis 6 Jahren bestraft. Der Widerstand gegen die Staatsgewalt wird bei Führern einer Bewegung mit der Todesstrafe und bei den Teilnehmern derselben mit 6 bis 12 Jahren Gefängnis geahndet.

In den spanischen Ministerien herrscht seitdem General de Rivera die Verfügung erlassen hat, daß alle Beamten, die sich nicht pünktlich zum Dienst einfinden, mit sofortiger Entlassung bestraft würden, eine lebhafte Tätigkeit und Arbeitsfreudigkeit (?). Dem "Daily Express" zufolge haben sich auf diese Verfügung

Meine zweite, dreijährige Tochter wußte nicht, was vorging, und weinte darüber, daß man nicht wie sonst auf sie achtet. Mein jüngster Sohn (von elf Monaten) lächelte unbefangen auf dem Arm seiner Mutterin. Meine Leute ließen bestürzt durcheinander. Im Zimmer war viel Rumor. Der Hofrat sang ich ein; der Sekretär entseigte meine Koffer, durchsuchte alles noch einmal und empfing meine Papiere. Ich war in einer dumpfen Verdrückung, aus der ich mich nur ruckweise mit Gewalt aufzustellen. Ich bekümmerde mich um nichts, was im Zimmer vorging, sondern setzte mich auf das Bett zu meiner wimmernden Frau, schloß sie mit dem Heuer der innigsten Liebe in meine Arme und beschwore sie, ich zu lassen, auf meine Unschuld und des Kaisers Gerechtigkeit zu vertrauen. "Wir haben," sagte ich, "so viele glückliche Tage miteinander verlebt; ich und jetzt auch das Unglück mutig tragen. Es wird und muß von mir Tauer sein. Misericordia Gieb Ich," sagte ja der Gouverneur, und in vierzig Tagen schreien Sie zurück in die Arme Ihrer Familie. Jetzt, meine Freude, beweise, daß du ein gewöhnliches Weib bist. Klagen und Wimmern hilft zu nichts. Standhaft dulden und allenfalls die Rettungsmittel anwenden, die in deiner Gewalt sind, das glemt der treuen, liegenden Gattin."

Ich nannte ihr darauf einige Personen in Petersburg, an welche sie schreiben sollte, und empfahl ihr, meiner alten Mutter so schonend als möglich die Schreibensnachricht beigezubringen. Auch der Sekretär Weitbrecht hatte mir schon vorher versprochen, meine Mutter von meinem Schicksal zu benachrichtigen; denn wie selbst war auch hier nicht erlaubt, die Pflicht des Sohnes zu erfüllen.

(Fortsetzung folgt.)